

408/I

K. N. V.

# Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Alfred Gürtler, Dr. Seipel, Partik und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend Vorkehrungen zur Rettung der durch Vorkriegsschulden in ihrer Existenz bedrohten Erwerbsunternehmungen.

Der Staatsvertrag von St. Germain ist nunmehr ratifiziert und tritt in Wirksamkeit auch in jenen Bestimmungen, welche die Behandlung der Vorkriegsschulden österreichischer Staatsangehöriger an das ehemals feindliche Ausland regeln. Durch diese Bestimmungen wird die wirtschaftliche Existenz vieler Erwerbsunternehmungen auf das ernsteste bedroht. Das in ähnlicher Lage sich befindliche Deutsche Reich versucht durch ein Reichsausgleichsgesetz seinen bedrohten Angehörigen zu Hilfe zu kommen.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten die Anfragen:

„1. Was gedenkt der Herr Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vorzukehren, um die bedrohten wirtschaftlichen Existenzen zu retten?

2. Gedenkt er eventuell ähnliche Vorkehrungen zu treffen, wie sie im deutschen Reichsausgleichsgesetze vorgesehen sind, soweit sie für unsere österreichischen Verhältnisse passen?“

Wien, 23. Juli 1920.

Schönsteiner.  
Chr. Fischer.  
Dr. Buresch.  
Luttenberger.  
Dr. Weiskirchner.  
Hosch.  
Rollmann.

Dr. Gürtler.  
Seipel.  
Partik.  
Dr. Ramek.  
Dr. J. Wagner.  
Burjan.  
Ing. Dr. Goldemund.  
Dr. Maier.